

NACHRICHTEN

DAS WETTER

Heute wird es ziemlich feucht

Das Atlantiktief macht sich nun richtig breit. Dicke Wolken hängen fast über dem ganzen Land, nur im äußersten Nordostzipfel bleibt es noch ein Weilchen länger freundlich. Oft regnet es, meist vereinzelt, im Süden und Südwesten aber auch ausdauernd und stark. Dabei bleibt es aber noch einigermaßen mild: Auf Rügen werden 15, in Berlin 18 und am Rhein gar 20 Grad erreicht. Der Wind weht kräftig, an der Küste auch stark bis stürmisch.



OBDACHLOSIGKEIT

Immer mehr Wohnungslose

BERLIN | Die Wohnungslosigkeit steigt: 2014 waren laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe 335.000 Menschen ohne Wohnung, 18 Prozent mehr als 2012. Die BAGW prognostizierte einen Zuwachs um 60 Prozent bis 2018. Dann wären 540.000 Menschen ohne Bleibe. Den Hauptgrund dafür sieht die BAGW nicht in der Zuwanderung, sondern „in einer seit Jahrzehnten verfehlten Wohnungspolitik“ und „einer unzureichenden Armutsbekämpfung“. (afp) **Meinung + Diskussion SEITE 12**

BETREUUNGSGELD

Land Bayern zahlt nahtlos weiter

MÜNCHEN | Bayern wandelt das vom Bundesverfassungsgericht gekippte Betreuungsgeld in einen Landeszuschuss um. Wie bisher sollen Eltern 150 Euro monatlich bekommen können, wenn sie ihre Kleinkinder nicht in einer Krippe betreuen lassen. Das Kabinett stimmte gestern dem Gesetzentwurf zu. „Wir sichern einen nahtlosen Übergang von der bisherigen Bundes- zur Landesleistung“, sagte Sozialministerin Emilia Müller (CSU). Die SPD forderte statt Betreuungsgeld Investitionen in die Krippen. (dpa)

AUTONOMES ZENTRUM

Prozess nach Messerstecherei

WUPPERTAL | Nach einer lebensgefährlichen Messerattacke vor dem Autonomen Zentrum in Wuppertal stehen seit gestern drei Männer vor dem Landgericht. Der 25 Jahre alte Hauptangeklagte soll einen 53-jährigen Mann aus der linksautonomen Szene am Eingang des Zentrums mit acht Messerstichen in den Rücken beinahe umgebracht haben. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft waren die drei Angeklagten zuvor von Besuchern des Autonomen Zentrums als Rechtsradikale erkannt und hinausgeworfen worden. (dpa)

DEUTSCHER VÖLKERMORD IN NAMIBIA

Herero fordern Wiedergutmachung

OTTJINENE | Der namibische Stamm der Herero will Deutschland international unter Druck setzen, um finanziell für die Verbrechen aus der Kolonialzeit entschädigt zu werden. Die Bundesregierung habe direkte Verhandlungen bislang abgelehnt, nun sei die Geduld der Herero erschöpft, sagte Stammeshaupt Kekui Rukoro. Die Herero werden Deutschland wegen des Völkermords an ihren Vorfahren bei der UNO, der Afrikanischen Union und anderen Foren unter Druck setzen, sagte Rukoro. Konkrete Forderungen nannte er nicht. (dpa)



Gedenken an deutschen Völkermord im heutigen Namibia Foto: dpa

Aufklärer widmen sich V-Mann

TERROR Nach der Enthüllung eines weiteren Spitzels mit NSU-Verbindung wollen sich Parlamentarier das Helfer-Netzwerk genauer anschauen – und den Verfassungsschutz

VON KONRAD LITSCHKO

BERLIN taz | Am Freitag wurde Roland Sokol beerdigt, am Sonntag als V-Mann des Verfassungsschutzes enttarnt – jetzt wird der Karlsruher Neonazi auch Thema in den NSU-Untersuchungsausschüssen in Baden-Württemberg und im Bund.

Roland Sokol werde in der Aufklärung „eine Rolle spielen“, sagte Wolfgang Drexler (SPD), Vorsitzender des Ausschusses in Stuttgart, am Montag der taz. Ein Schwerpunkt des Untersuchungsauftrags sei es, die „vielfältigen möglichen Beziehungen des NSU nach Baden-Württemberg aufzudecken“. Dazu gehörten neben Sokol eine Reihe weiterer Namen. Vorerst, so Drexler, werde sich der Ausschuss aber weiter der Aufklärung des NSU-Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn 2007 widmen.

Am Sonntag hatten die taz und die Antifa Freiburg enthüllt, dass Sokol seit mindestens 2009 dem Verfassungsschutz Informationen aus der rechten Szene lieferte. Der 43-Jährige gehörte zu den gewaltbereiten Hammerskins und dem „Blood & Honour“-Netzwerk und war bestens in der Szene vernetzt. Er verstarb im September an Krebs. Das Brisante: Als der NSU 2011 aufflog, bekam Sokols Onlinehandel, der Patria-Versand, als bisher einzig bekannter rechts-extremer Empfänger die Bekennervideo der Terrorgruppe. Sokol hatte die Übernahme des Versands erst wenige Tage vor Eingang der DVD eingefädelt.



NSU-Ausschussvorsitzender Wolfgang Drexler: „Sokol wird eine Rolle spielen“ Foto: Daniel Naupold/dpa

Auch im Bundestag, wo im November ein zweiter Untersuchungsausschuss zu den NSU-Verbrechen startet, will man sich nun Sokol widmen. „Das wird ganz gewiss Thema werden“, sagte Petra Pau, designierte Obfrau der Linksfraktion. Dies gelte auch für die Hammerskins, die zum Netzwerk der NSU-Helfer gehörten. „Es stellt sich wieder die Frage, ob die Behörden nicht mehr über das Treiben des NSU wussten“, so Pau. Der Bundestagsausschuss will die Kontakte des NSU zur organisierten Kriminalität beleuchten – in die viele Hammerskins verstrickt sind. Hinterfragt werden soll auch noch

„Wussten die Behörden doch mehr über den NSU?“

PETRA PAU, LINKSFRAKTION

mal die Rolle der Sicherheitsbehörden und der V-Leute. Der Verfassungsschutz Baden-Württemberg äußerte sich auch am Montag nicht zu Roland Sokol. Das Bundesamt bekundete nur, man äußere sich nicht zu „Einzelheiten der operativen Arbeit“. Somit bleibt offen, warum der NSU 2011 ausgerechnet den Patria-Versand anschrub. Der

bayerische Neonazi Franz G., der das Geschäft damals gerade an Sokol übergab, sagte der taz am Montag, die zeitliche Nähe sei „vermutlich Zufall“. Sokol sei ihm vorher nicht bekannt gewesen. Er selbst habe vom NSU bis zu dessen öffentlichem Bekanntwerden nie etwas gehört. G. vermutet, dass sein Versand nur als einer von vielen in der Szene die DVD empfing. „Ich war nur der Einzige, der sie zur Polizei brachte.“ Die Sicherheitsbehörden kennen dagegen keinen weiteren Szene-Adressaten. Sicher weiß das nur eine: Beate Zschäpe. Die aber schweigt seit ihrer Verhaftung 2011. **Meinung + Diskussion SEITE 12**

Opposition will mehr Hilfe für misshandelte Frauen

FRAUENHÄUSER An der Finanzierung soll sich der Bund beteiligen, fordern Linkspartei und Grüne

BERLIN taz | Die Opposition im Bundestag will die Bundesregierung beim Thema Gewalt gegen Frauen stärker in die Pflicht nehmen. Bisher sind Aufbau und Erhalt der Frauenhäuser Ländersache. Grüne und Linkspartei wollen das ändern. Deshalb veranstalteten sie vergangene Woche ein Fachgespräch, zu dem die frauenpolitischen Sprecherinnen beider Fraktionen, Ulle Schauws (Grüne) und Cornelia Möhring (Linkspartei) Verfas-

in einem Frauenhaus bestünde, und ein Drei-Säulen-Modell, bei dem die Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen geteilt würde.

Besonders das Geldleistungsmodell galt unter den Experten als chancenreich. Ein Rechtsanspruch hätte zudem, da waren sich die Teilnehmer einig, eine positive Signalwirkung. Allerdings bräuchte es niedrigschwellige Kriterien wie beispielsweise eine Notfallleistung ohne Nachweispflicht. Derzeit müssten Frauen ihre Misshandlung oft beweisen, sagte Eva Risse von der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser. Die Hilfe müsse schneller und bedarfsgerecht sein.

„Es braucht mehr politischen Willen“

ULLE SCHAUWS

sungsrechtler eingeladen hatten, um die Möglichkeiten der Mitfinanzierung durch den Bund auszuloten.

Die 350 Frauenhäuser in Deutschland leiden unter ihrer komplizierten Finanzierung. Viele Häuser sind überlastet, die Ressourcen sind knapp. Immer wieder müssen Hilfesuchende abgewiesen werden. Seit Jahren fordern Verbände deshalb eine einheitliche Finanzierung durch den Bund. Zwei – sich nicht widersprechende – Ideen wurden beim Fachgespräch der Opposition diskutiert: ein Geldleistungsgesetz, bei dem ein Rechtsanspruch auf einen Platz

Die Grüne Schauws fordert von der Bundesregierung mehr politischen Willen. Bei allen Fraktionen herrsche Betroffenheit, wenn im zuständigen Ausschuss die Situation in den Frauenhäusern zur Sprache käme. Auf Ergebnisse warte man vergeblich: „Zum Thema Gewaltschutz kommt von Seiten des Familienministeriums zu wenig.“ Für 2016 hat das Ministerium dem Ausschuss nun eine erneute Bedarfsanalyse angekündigt. Grundsätzlich solle die Hauptverantwortung aber bei den Ländern und Kommunen verbleiben, sagte eine Sprecherin. **JOHANNA ROTH**

Coffeeshop löst sich in Luft auf

DROGEN Der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg darf keine Fachgeschäfte für Cannabis einrichten

BERLIN taz | Im grün regierten Berliner Stadtteil Friedrichshain-Kreuzberg wird es auf absehbare Zeit keinen Coffeeshop geben. Wie am Montag bekannt wurde, hat das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte einen Antrag des Bezirks auf Verkaufsstellen für Cannabisprodukte abgelehnt.

Die Behörde sieht sich für eine solche grundlegende politische Entscheidung nicht zuständig. „Sollte sich die Akzeptanz gesetzlicher Verbotserregungen im Verlauf einer gesellschaftlichen Entwicklung tatsächlich verändert haben, ist es Aufgabe des Gesetzgebers, dieser etwaigen Änderung Rechnung zu tragen“, heißt es in dem Bescheid.

Das Institut argumentiert jedoch auch inhaltlich: Mit der legalen Abgabe von Cannabis werde „eine Unbedenklichkeit suggeriert, die das Betäubungsmittel nicht hat“.

Die Kreuzberger Grünen hatten einen Coffeeshop erstmals 2013 ins Gespräch gebracht. Sie hofften, damit die Drogenprobleme im Görlitzer Park in den Griff zu bekommen. Zwei Jahre lang feilten sie an dem Antrag, diskutierten mit BürgerInnen und VertreterInnen der Suchthilfe. Das Ergebnis: In Kreuzberg und Friedrichshain sollte es je zwei Fachgeschäfte für Marihuana geben. Jeder KäuferIn hätte sich registrieren lassen müssen, auch Beratungen soll-

ten in den Geschäften stattfinden. Der Verkauf an Jugendliche wäre verboten gewesen. Ein Forschungsprojekt sollte das Ganze wissenschaftlich begleiten.

Das Vorhaben befeuerte auch die bundesweite Debatte über die Legalisierung von Cannabis: Bremen, Düsseldorf und das Hamburger Schanzenviertel kündigten an, dem Kreuzberger Beispiel folgen zu wollen. Im Juni schickte der Bezirk seinen Antrag an das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte. Das Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) unterstellte Institut ist die Behörde, die Ausnahmen vom Betäubungsmittelverbot genehmigen muss.

Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) wollte die Ablehnung am Montag trotz allem nicht als Niederlage verstanden wissen. Schon die breite Diskussion über die Cannabisabgabe sei ein „großer Erfolg“. Sie ist sich sicher, dass das Thema weiter an Fahrt gewinnen wird. „Der Druck Richtung Bundesregierung und Berliner Senat wird täglich größer.“

Friedrichshain-Kreuzberg hat nun einen Monat Zeit, um gegen den Bescheid Widerspruch einzulegen. Monika Herrmann kündigte an, sich das Papier mit juristischer Beratung genau anzuschauen. „Wir behalten uns einen Widerspruch vor.“ **ANTJE LANG-LENDORFF**

taz. die solidarische Methode

taz. abonnieren
Das ist der rote Faden. Knüpfen Sie daran an.

Wir sind die Tageszeitung, die ihren LeserInnen gehört. 50.000 Menschen kaufen täglich die taz.
Mehr erfahren:
030-2590 2590 oder www.taz.de/abo